

Herdecke – Witten – Düsseldorf und zurück 04/2019



Liebe Leserin, lieber Leser,

das Thema „Bezahlbarer Wohnraum“ steht für die SPD, Gewerkschaften und Sozialverbände ganz oben auf der Agenda. Weil insbesondere der soziale Wohnungsbau von der Landesregierung immer weiter zurückgedreht wird, haben wir als Fraktion in den letzten Monaten das Bündnis „Wir wollen wohnen“ unterstützt. Auch vor Ort im Wahlkreis zeigt sich das Problem in unterschiedlichen Dimensionen: Mieterhöhungen von bis zu 40 Prozent aufgrund vermeintlicher Modernisierungen und beginnende Gentrifizierung in Witten, Stillstand bei der durch das Land geförderten Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Herdecke. Das Thema „Wohnen“ ist eine der sozialen Fragen dieser Zeit und muss auf **allen** Ebenen angegangen und gelöst werden.

Wie das funktionieren kann, zeigt ein Blick nach Bremen, das als erstes Bundesland einen „Gute-Kita-Vertrag“ mit dem Bund unterzeichnet hat. Dieser unterstützt die Länder im Rahmen des „Gute-Kita-Gesetzes“ von Franziska Giffey bis 2022 mit rund 5,5 Milliarden Euro bei Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Qualität in der Kindertagesbetreuung und zur Entlastung der Eltern bei den Gebühren. Die SPD-Fraktion im Landtag NRW begrüßt dies ausdrücklich und fordert bei der Umsetzung in NRW eine grundlegende Veränderung des KiBiz, die weit über die bisherigen Ideen der Landesregierung hinausgeht.

Unerlässlich für die politische Gestaltung unserer Zukunft bleibt nach wie vor der Blick über den Tellerrand, vor allem nach Europa: Der Europäischen Union verdanken wir die längste Friedensperiode in unserer Geschichte und eine nicht zu vergleichende Phase der Freiheit, des Wohlstandes und auch der Freizügigkeit. Die drängenden Herausforderungen der Zukunft können nur in einer demokratisch starken und sozialen Europäischen Union beantwortet werden. Deshalb: Geht bitte am 26. Mai zur Wahl und wählt europäisch!

Glück auf, Ihre/eure Nadja Bütendorf

SPD klagt gegen das neue NRW-Wahlgesetz Der Landtag hat in dritter Lesung mit der Regierungsmehrheit von CDU und FDP die Novellierung des Kommunalwahlgesetzes beschlossen. Die verabschiedeten Gesetzesänderungen beinhalten insbesondere eine Neu-einteilung der Kommunalwahlbezirke und die Abschaffung der Stichwahlen von Bürgermeister*innen und Landrät*innen. Die Inhaber*innen dieser Ämter haben in unserem Gemeinwesen eine herausgehobene Stellung inne: Sie leiten nicht nur die Sitzungen der kommunalen Vertretungen, sondern auch die kommunalen Verwaltungen und haben somit die Verantwortung für die dort arbeitenden Menschen. Sie repräsentieren unsere Städte, Gemeinden und Landkreise und müssen all ihre politischen Entscheidungen öffentlich vertreten. Deshalb benötigen sie eine besondere Legitimation durch die Wahlberechtigten, beispielsweise in der Form einer absoluten Mehrheit der Stadtgesellschaft. Durch die nun von CDU und FDP beschlossene Abschaffung der Stichwahlen werden Hauptverwaltungsbeamte ins Amt kommen, die sich lediglich auf das Votum einer Minderheit der wahlberechtigten Bevölkerung stützen können. Mehrere Verfassungsrechtler*innen, darunter der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofes NRW, Michael Bertrams, haben deutliche Kritik an dem Vorhaben der schwarz-gelben Koalition geäußert. In der Sachverständigenanhörung des Landtags wurden gravierende verfassungsrechtliche Mängel aufgezeigt, die die Regierungskoalition ignorierte.

Die SPD ist immer dafür eingetreten, demokratische Rechte zu verteidigen. Wir werden weiter für den Erhalt der Stichwahlen und damit für mehr Demokratie in Nordrhein-Westfalen kämpfen und gegen das von Schwarz-Gelb beschlossene Gesetz vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster klagen.



Verfassungsänderung in NRW – Wählen ab 16 Im Rahmen von Anhörungen im Landtag bitten wir oft Jugendverbände um ihre Stellungnahme zu bestimmten politischen Themen, beispielsweise den Landesjugendring NRW. Junge Menschen haben eine Meinung, sie ist wichtig und muss Gehör finden – nicht nur auf Anfrage, sondern grundsätzlich. Die SPD fordert deshalb schon lange eine Absenkung des Wahlalters in NRW auf 16 Jahre. Zuletzt ist dies jedoch 2016 am Widerstand von CDU und FDP gescheitert. Da für eine entsprechende Verfassungsänderung eine Dreiviertel-Mehrheit erforderlich ist, kann ein solches Vorhaben nur bei fraktionsübergreifender Zustimmung realisiert werden. Wir wagen mit unserem [Gesetzentwurf](#) einen neuen Anlauf, und ich freue mich schon auf die Diskussion in der Enquete-Kommission „Subsidiarität und Partizipation“!

Neues Bibliotheksgesetz Bei allen Kontroversen gibt es manchmal auch Anträge und Gesetzentwürfe, die fraktionsübergreifend Zustimmung erfahren – weil sie in der Sache richtig sind und für die Menschen in NRW etwas Gutes bewirken. Dementsprechend positiv wurde der Entwurf eines Bibliotheksstärkungsgesetzes für NRW diskutiert. Durch die Änderung des Kulturfördergesetzes und der Bedarfsgewerbeverordnung soll es öffentlichen Bibliotheken fortan erlaubt sein, sonntags zu öffnen. Anders als Museen, Theater oder kommerzielle Freizeiteinrichtungen müssen unsere öffentlichen Bibliotheken derzeit noch an Sonn- und Feiertagen schließen. Die Plenardebatte hat, neben berechtigten Bedenken der Gewerkschaften, insbesondere aufgezeigt, dass Bibliotheken sich in den letzten Jahren aufgrund überzeugender und moderner Konzepte zu beliebten und gut frequentierten Kultureinrichtungen gewandelt haben. Breite Teile unserer Gesellschaft nutzen die vielfältigen Angebote unserer Bibliotheken und kommen an diesen Orten zusammen – vor allem am Wochenende. Diese Überlegungen werden in der weiteren Debatte im Fachausschuss vertieft werden, allerdings zeichnete sich bereits in der Plenardebatte die grundsätzliche Zustimmung aller Fraktionen ab. (Bild von Michal Jarmoluk auf Pixabay)



fortan erlaubt sein, sonntags zu öffnen. Anders als Museen, Theater oder kommerzielle Freizeiteinrichtungen müssen unsere öffentlichen Bibliotheken derzeit noch an Sonn- und Feiertagen schließen. Die Plenardebatte hat, neben berechtigten Bedenken der Gewerkschaften, insbesondere aufgezeigt, dass Bibliotheken sich in den letzten Jahren aufgrund überzeugender und moderner Konzepte zu beliebten und gut frequentierten Kultureinrichtungen gewandelt haben. Breite Teile unserer Gesellschaft nutzen die vielfältigen Angebote unserer Bibliotheken und kommen an diesen Orten zusammen – vor allem am Wochenende. Diese Überlegungen werden in der weiteren Debatte im Fachausschuss vertieft werden, allerdings zeichnete sich bereits in der Plenardebatte die grundsätzliche Zustimmung aller Fraktionen ab. (Bild von Michal Jarmoluk auf Pixabay)

Großer Handlungsbedarf beim Ganztag In einer großen Expertenanhörung haben sich insgesamt sieben Fachausschüsse des Landtags in den vergangenen Monaten mit einem Antrag der SPD-Landtagsfraktion zur Zukunft des schulischen Ganztags befasst. Die Anhörung hat gezeigt, dass dieser eine neue Struktur benötigt. Verbände, Wissenschaftler*innen, Eltern, Schüler*innen und Akteure aus Verwaltungen, Schulen und Sport waren sich einig: Die Offene Ganztagschule (OGS) ist nach den Anmeldezahlen zwar ein Erfolgsmodell, jedoch muss die Struktur grundsätzlich überarbeitet werden. Die OGS ist nicht im Schulgesetz verankert, weshalb die Kommunalen Spitzenverbände sie als ein rechtliches Provisorium bezeichnen. An dieser Problematik ändern auch höhere Etats nichts. Wir sehen uns in unseren Forderungen klar bestätigt: Die Ganztagschule der Zukunft braucht einen klaren Bildungsauftrag und landesweit einheitliche Qualitätsstandards. In den Einrichtungen müssen Fachkräfte arbeiten, denen wir gute und sichere Beschäftigungsverhältnisse anbieten. Die Trennung von Unterricht am Vormittag und Betreuung am Nachmittag muss aufgehoben werden, stattdessen brauchen wir eine Struktur, in der ein Zahnrad in das andere greift. Ebenso gehören die Elternbeiträge grundsätzlich abgeschafft. Denn die Ausgestaltung ist von Kommune zu Kommune unterschiedlich, und diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden.

Handlungsbedarf besteht auch deshalb, weil der Koalitionsvertrag der Groko in Berlin vorsieht, dass Eltern ab 2025 einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz haben. Nach wie vor ist nicht klar, wie die Landesregierung hierauf reagieren will. Einen entsprechenden Antrag, in Verhandlungen einzutreten und einen Ganztagsgipfel einzuberufen, hat die schwarz-gelbe Mehrheit bereits vor einem Jahr abgelehnt.

Schwarz-Gelb schafft wichtige Schutzrechte ab CDU und FDP haben mit ihrer Mehrheit im Landtag den Entwurf des Wohn- und Teilhabegesetzes der Landesregierung verabschiedet. Wichtige Schutzrechte der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflege- und Behinderteneinrichtungen werden damit einfach abgeschafft. Das Gesetz sieht nämlich unter anderem vor, dass Einrichtungsleitungen keine Qualifikationen aus dem Bereich Pflege vorweisen müssen. Die SPD-Landtagsfraktion hat durch eigene Änderungsvorschläge noch versucht, der Verwässerung von Bewohner*innenrechten entgegenzuwirken. Doch CDU und FDP haben wichtige Regelungsvorschläge zum Verbraucherschutz, zur Barrierefreiheit und zum Schutz von Nichtraucher abgelehnt. Die Devise von Schwarz-Gelb lautet: Das Schicksal der Menschen in den Einrichtungen soll nun der Markt lenken, denn Entbürokratisierung ist wichtiger als Schutzrechte. CDU und FDP haben daher mit der Verabschiedung des Wohn- und Teilhabegesetzes einmal mehr bewiesen, dass sie eine Koalition der sozialen Kälte sind.

Witten und Herdecke

Der HerzBerg Bei strahlend blauem Himmel habe ich kürzlich den „HerzBerg“ in Herdecke besucht – ein selbst für Herdecker Verhältnisse sehr ruhiger und idyllischer Ort. Die langjährige Pädagogin Nic Koray bietet dort gemeinsam mit ihrer Mitarbeiterin Anna von der Lohe seit 2019 unter anderem tiergestützte Fördermaßnahmen, „tierisch grünes“ Theater und vielfältige Umweltprojekte an. Das Angebot richtet sich an Schulklassen, Kindergartengruppen, aber auch an Senioreneinrichtungen. Kinder lernen am HerzBerg den achtsamen Kontakt mit Tieren und Umwelt, indem sie in die Betreuung der Tiere eingebunden werden und selbst kreativ werden können, beispielsweise beim Basteln mit Wolle oder beim Musizieren und Theaterspielen mit den Tieren. Der HerzBerg ist aber auch mobil unterwegs: Bei Besuchen in Seniorenheimen sind es vor allem demenziell erkrankte Menschen, die positiv auf die Tiere reagieren und den Kontakt genießen. Solche Begegnungen stellen einen Blick in die Vergangenheit und auch in die Zukunft dar: Für die älteren Menschen ist es ein Blick zurück in die Vergangenheit, in der Nutztiere und der Umgang mit ihnen ein selbstverständlicher Teil des Alltags waren. Für die Kinder ist es mehr ein Blick in eine Zukunft, in der sorgsamer und bewusster mit unserer Umwelt und den Lebewesen in ihr umgegangen werden muss. Nic Koray ist es dabei sehr wichtig, dass die Begegnungen mit ihren Tieren stets auf Augenhöhe erfolgen und das Wohl der Tiere beachtet wird. Wie man sieht, hatte auch ich viel Freude bei meinen Begegnungen dort!



Wohnungssituation in Witten Nordrhein-Westfalen ist ein Mieterland – rund 10,1 Millionen Menschen leben in Mietwohnungen. Für einen Großteil dieser Menschen ist bezahlbarer Wohnraum nicht nur ein wichtiges Thema, sondern ein unvermeidbares: Hohe Wohnkosten sind ein erhebliches Armutsrisiko. Sie sind nachteilig für das Aufwachsen und die Entwicklung unserer Kinder, sie führen zu einer gesellschaftlichen und räumlichen Trennung von Arm und Reich und führen zu Wohnungslosigkeit und Isolation. Auch in Witten und Herdecke ist das Thema Wohnen ein Dauerbrenner. Kürzlich haben sich Wittener Mieter*innen der LEG an die Öffentlichkeit gewandt, denn ihnen droht ein eklatanter Mietanstieg von bis zu 40 Prozent durch vermeintliche Modernisierungsmaßnahmen an ihren Wohnhäusern. Allzu oft dienen diese in erster Linie der Gewinnmaximierung der Wohnungsgesellschaften. Besonders bitter: Bei der LEG handelt es sich um ein ehemaliges Unternehmen des Landes NRW, das unter der Regierung Rüttgers privatisiert wurde. Gemeinsam mit der SPD Witten und der SPD-Ratsfraktion Witten habe ich deshalb [erklärt](#), in und für Witten alle politischen Hebel auszuloten und zu nutzen, um für mehr bezahlbaren Wohnraum zu sorgen.

Demo für das ZWAR-Netzwerk Mitglieder des ZWAR-Netzwerks haben kürzlich vor dem Landtag gegen die Mittelstreichung durch die schwarz-gelbe Landesregierung demonstriert, die das Aus für diese tolle Initiative bedeutet. Das Netzwerk bietet NRW-weit Menschen „zwischen Arbeit und Ruhestand“ eine Plattform für Vernetzung, Aktivitäten und Gemeinsamkeit. Unter anderem in Herdecke konnte man in den letzten Jahren beobachten, wie das Netzwerk durch vielfältige und regelmäßige Aktionen gewachsen ist und vielen Menschen Freude bereitet hat. Es ist leider ein weiteres Beispiel für das aktuelle rigorose Einsparen wichtiger Fördermittel und Programme, die aus der Feder der ehemaligen rot-grünen Landesregierung stammen. Gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion NRW unterstütze ich den Protest nachdrücklich und finde es beachtlich, wie viele „ZWARler*innen“ kontinuierlich demonstrieren und dafür sogar bis nach Düsseldorf gefahren sind.



Impressum

Dr. Nadja Bütetuehr MdL

Annenstr. 8
58453 Witten
02302 1767680

nadja.buetefuehr@landtag.nrw.de

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
0211 8842292

www.nadja-buetefuehr.de